



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 38/19 • 24.10.2019



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

am Donnerstag und Freitag vergangener Woche fand wieder die Sitzung der Staats- und Regierungschefs, des Europäischen Rates, in Brüssel statt.

Das Kernthema der Sitzung war zweifellos der Brexit. Entgegen der vor Monaten verkündeten Absicht, wurde der Austrittsvertrag doch noch einmal überarbeitet und es konnte eine Einigung mit dem britischen Premierminister Boris Johnson erzielt werden. Vorsichtiger Optimismus hielt dennoch nicht lange an, da das britische Unterhaus über den Deal bisher nicht abgestimmt und stattdessen den vom Premierminister ins Auge gefassten Zeitplan gekippt hat. Kommt es noch zu einer Ratifizierung? Wird es Neuwahlen geben? Es ist wieder alles offen und man schaut gespannt auf die weiteren Schritte in Großbritannien. Auch die schrumpfende Übergangsphase könnte sich dabei zu einem Problem entwickeln.

Die nächste Entscheidung der Staats- und Regierungschefs ist nun zu treffen, nämlich, ob dem Antrag Großbritanniens auf Verlängerung noch einmal stattgegeben wird. Ggf. wird es hierzu kurzfristig einen Sondergipfel geben, möglich ist aber auch eine Entscheidung im schriftlichen Verfahren.

Weitere Themen der Ratstagung waren u.a. ein Gespräch mit der designierten Kommissionspräsidentin Von der Leyen, der Mehrjährige Finanzrahmen und der Klimawandel. Die Schlussfolgerungen zum Nachlesen finden Sie hier [Link](#)

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europäisches Parlament - In letzter Rede als Ratspräsident verurteilt Tusk Militäroperation in Syrien	
• Europäisches Parlament - Abgeordnete bewerten Juncker-Kommission	
• Abschiedsrede von Präsident Juncker: „Kämpfen Sie gegen den dummen Nationalismus!“	
• Europäische Kommission - Bericht zu elektronischen Behördendiensten	
• Europäische Kommission - Michel Barnier führt auch das neue Brexit-Team	
• Europäische Kommission - Frauen in Führungspositionen	
• Europäische Arbeitsbehörde nimmt ihre Tätigkeit auf	
• EURO-Gedenkmünzen – Neuausgaben	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	11
• Connecting Europe Facility - Nachhaltige Verkehrsprojekte sollen mit 1,4 Mrd. Euro unterstützt werden	
• EU mobilisiert gemeinsam mit Partnern private Investitionen in Nachhaltigkeit	
• Registrierung für europäische Internetadresse .eu für EU-Bürger weltweit möglich	
• Hochrangige EU-Förderung - MLU erhält Zuschlag für internationales Doktorandennetzwerk	
<u>Was, wann, wo</u>	15
• „Innerdeutsche Grenzöffnung – 30 Jahre danach“	
• Kommunen aus Sachsen-Anhalt und Schweden intensivieren ihre Zusammenarbeit	
• Kooperieren für Innovationen: Fördermöglichkeiten für Wirtschaft und Wissenschaft – Infoveranstaltung in Halle (Saale)	
• „Europäische Schwellenregionen – Veranstaltung zur Auswirkung von Pilotprojekten“	
<u>Ausschreibungen</u>	18
• KOM – Erasmus + Leitaktion 3 (Berufliche Exzellenz + soziale Eingliederung)	
<u>Kontaktbörse</u>	19
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	22
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	25
<u>Impressum</u>	26



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäisches Parlament - In letzter Rede als Ratspräsident verurteilt Tusk Militäroperation in Syrien



Die Abgeordneten haben am 23. Oktober im Plenum mit den Präsidenten Juncker und Tusk die Schlussfolgerungen des EU-Gipfels vom 17. bis 18. Oktober diskutiert.

[In seiner letzten Rede](#) im Europäischen Parlament als Präsident des Europäischen Rates verurteilte Donald Tusk die einseitige Militäraktion der Türkei in Nordostsyrien. Er forderte die Türkei auf, ihre Truppen zurückzuziehen und das humanitäre Völkerrecht zu achten. Er bekräftigte auch die Solidarität der EU mit Zypern angesichts der illegalen Bohrungen der Türkei vor ihrer Küste. Zum Brexit-Deal betonte er, „wir werden uns nie für ein No-Deal-Szenario entscheiden“. Die Entscheidung, keine Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien und Albanien aufzunehmen, bezeichnete Präsident Tusk als einen „Fehler“.

Auch der scheidende Kommissionspräsident [Jean-Claude Juncker betonte](#) die Bedeutung eines Brexit-Deals. Nur ein Austrittsvertrag könne für Rechtssicherheit sorgen und sei im Interesse des Europäischen Parlaments. Im Hinblick auf den EU-Haushalt betonte er, dass die jüngsten Vorschläge des Rates nicht akzeptabel seien. Natürlich sei ein größeres Budget eine Herausforderung, aber „man kann Europa nicht mit 1% des BIP gestalten“.

Die Fraktionsvorsitzenden aller Parteien betonten, dass es nicht ausreiche, die Türkei zu verurteilen. Sie forderten den Rat, die Kommission oder die Mitgliedstaaten auf, konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Die Einigung auf ein Brexit-Abkommen begrüßte die Mehrheit der Abgeordneten. Bevor das Europäische Parlament den Vertrag prüft, müsste dieser aber vom britischen Parlament angenommen werden. Den gewählten Vertretern beider Seiten müsse hierfür genügend Zeit eingeräumt werden.

Ein Großteil der Redner forderte den Rat auf, im nächsten Rahmenhaushalt eine angemessene Finanzierung der ambitionierten Ziele des Parlaments und der designierten Kommissionspräsidentin von der Leyen zu sichern. Die Mehrheit der Abgeordneten verurteilte, dass der Europäische Rat es trotz der EU-weiten Zustimmung nicht geschafft habe, einstimmig für eine EU-Erweiterung im West-Balkan zu stimmen.

In seinen Schlussbemerkungen erklärte Präsident Tusk, dass er angesichts der Debatte „keinen Zweifel habe, dass wir den Verlängerungsantrag des Vereinigten Königreichs mit aller Ernsthaftigkeit behandelt sollten“. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Europäisches Parlament - Abgeordnete bewerten Juncker-Kommission

In einer Debatte mit Jean-Claude Juncker am 22. Oktober zogen die Abgeordneten eine Bilanz der Arbeit und der Leistungen der scheidenden EU-Kommission.

Juncker referierte über die Fortschritte bei den Prioritäten der Kommission in verschiedenen Bereichen, darunter Wachstum, Beschäftigung und Investitionen, das Vorhaben, Europa einen neuen Impuls zu geben und den Austausch mit den Bürgern zu beleben, die Konzentration auf große Themen und die Verringerung Zahl der neuer Gesetzesvorschläge.



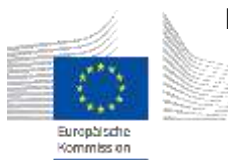
Er äußerte sich enttäuscht darüber, dass die Bankenunion nicht abgeschlossen wurde - was er als Schlüssel zur Bekämpfung zukünftiger Krisen sieht -, nannte aber Erfolge wie die europäische Säule sozialer Rechte und die Entsenderegeln als wichtige Schritte zur Gewährleistung der Würde der Arbeitnehmer.

Als Erfolge wurden unter anderem die Beziehungen zu Afrika und 15 neue Handelsabkommen genannt. Für Juncker jedoch ist der größte Erfolg, dass der Frieden in Europa erhalten geblieben ist. Er forderte die Abgeordneten auf, den Kampf für Europa und gegen den "dummen" Nationalismus fortzusetzen.

Verschiedene Fraktionsvorsitzende dankten dem Kommissionspräsidenten für seine Bemühungen in den letzten fünf Jahren bei den Wirtschafts- und Migrationskrisen und den Brexit-Verhandlungen, sowie dafür, dass soziale Fragen auf die Tagesordnung gesetzt wurden, und für die Abkehr von der Austeritätspolitik. Sie lobten ihn auch dafür, dass er keine Kompromisse in Sachen Freiheiten eingegangen ist und die Steuerhinterziehung bekämpft hat. Einige hoben auch die Bemühungen der Kommission hervor, Investitionen zu fördern, den Binnenmarkt zu stärken und die Sicherheit der Energieversorgung zu gewährleisten. Einige Abgeordnete kritisierten die Juncker-Kommission dafür, dass sie nicht genug getan habe, um den Klimawandel zu bekämpfen, und verurteilten Maßnahmen zum Schutz von Informanten als zu vorsichtig. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Abschiedsrede von Präsident Juncker: „Kämpfen Sie gegen den dummen Nationalismus!“



Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, hat am 22. Oktober in seiner Abschiedsrede im Europäischen Parlament in Straßburg über die wichtigsten Ergebnisse seines Mandats gesprochen.

„Ich scheide aus dem Amt – nicht betrübt, auch nicht übermäßig glücklich

– mit dem Gefühl mich redlich bemüht zu haben. Und wenn alle sich redlich bemühen würden, wäre einiges besser. Ich bin stolz darauf lange Zeit – vor allem in den letzten fünf Jahren – ein kleiner Teil eines größeren Ganzen gewesen zu sein, das wichtiger ist als wir alle.“ Er schloss seine Rede mit den Worten: „Kümmern Sie sich um Europa. Kämpfen Sie mit aller Macht gegen den dummen und hartnäckigen Nationalismus. Es lebe Europa!“ Präsident Juncker dankte dem Europäischen Parlament und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, für die Zusammenarbeit seit seiner Wahl vor fünf Jahren. „Ich möchte meinen Kommissaren danken. Denn ohne sie hätte ich nichts tun können. Das sind Männer und Frauen, die - einzeln und gemeinsam – sich sehr verdient gemacht haben um Europa“, sagte Juncker. Er habe sie eingeladen, Brüssel oft zu verlassen und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und ihren gewählten Repräsentanten zu führen. In den letzten fünf Jahren habe die Juncker-Kommission 1.815 Bürgerdialoge organisiert. Die Kommissare haben die nationalen und regionalen Parlamente 911 Mal besucht. Juncker sprach über Wachstum und Wirtschaft, das soziale Europa, die Situation in Griechenland, Afrika und die Solidarität mit Geflüchteten und schließlich den Platz Europas in der Welt. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Rede von Präsident Juncker im Europäischen Parlament zur Bilanz seiner Kommission](#)



[Zahlen und Fakten zu den Ergebnissen der Juncker-Kommission 2014-2019](#)
[Rede von Präsident Juncker im Europäischen Parlament zum Europäischen Rat vom 17.-18. Oktober 2019](#)

Europäische Kommission - Bericht zu elektronischen Behördendiensten

Spitzenreiter bei den digitalen öffentlichen Diensten sind Malta, Estland und Österreich, gefolgt von Lettland, Litauen und Finnland. Deutschland nutzt die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien bei elektronischen Behördendiensten noch nicht ausreichend und belegt nur einen Platz im Mittelfeld. Der aktuelle Bericht der Kommission über die Nutzung elektronischer Behördendienste untersucht den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien in der öffentlichen Verwaltung, die



grenzüberschreitende Interoperabilität und digitale Interaktion zwischen Verwaltungen, Bürgern und Unternehmen in den EU-Mitgliedstaaten und acht Nicht-EU-Ländern. Der Bericht zeigt, dass sich der Abstand zwischen den am besten und den am schlechtesten abschneidenden Ländern verringert hat; er liegt mit 42 Prozentpunkten deutlich unter dem Stand von 2012-2015 (50 Prozentpunkte). Am weitesten fortgeschritten ist Europa auf dem Gebiet der Nutzerorientierung, was

bedeutet, dass die Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltungen insbesondere darauf abzielen, die Bedürfnisse und Erwartungen der Bürger zu erfüllen. Weitere Anstrengungen sind auf dem Gebiet der Sicherheit der öffentlichen Online-Dienste sowie der Transparenz, grenzüberschreitenden Mobilität und der Verfügbarkeit von elektronischer Identifizierung und eDokumenten erforderlich.

Um die Behörden dabei zu unterstützen, bessere elektronische Dienstleistungen (eGovernment-Dienste) zu erbringen, die sich an den Bedürfnissen der Bürger und Unternehmen orientieren, hat die Kommission 2016 den [EU-eGovernment Aktionsplan 2016-2020](#) vorgestellt. Ziel des Aktionsplans ist es, dass die Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen in der Europäischen Union bis 2020 grenzübergreifende, personalisierte, nutzerfreundliche und – über alle Abläufe hinweg – vollständig digitale öffentliche Dienste für alle Menschen und Unternehmen in der EU anbieten. Der e-Government-Bericht, den es seit 2002 gibt, bildet eine wichtige Grundlage für weitere politische Maßnahmen zur Förderung dieser Dienste. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 18. Oktober 2019](#)

[Website zum Bericht eGovernment Benchmark 2019](#)



Europäische Kommission - Michel Barnier führt auch das neue Brexit-Team

Die Europäische Kommission hat am 22. Oktober beschlossen, beim Generalsekretariat der Kommission eine „Task Force für die Beziehungen zum Vereinigten Königreich“ (UKTF) einzusetzen. Michel Barnier, bisher Chefunterhändler der EU für die Brexit-Verhandlungen, wurde zum Leiter der Task Force ernannt. Die Task Force wird die derzeitige TF50 („Task Force für die Vorbereitung und Durchführung der Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich gemäß Artikel 50 EUV“) und die Abteilung „Brexit Preparedness“ des Generalsekretariats umfassen.

Die Task Force wird, genau wie TF50, die gesamte Arbeit der Kommission in allen strategischen, operativen, rechtlichen und finanziellen Fragen im Zusammenhang mit dem Brexit koordinieren. Sie wird für den Abschluss der Verhandlungen über Artikel 50 sowie für die Vorbereitungen der Kommission und die künftigen Verhandlungen über die Beziehungen zum Vereinigten Königreich zuständig sein. Sie steht unter der direkten Aufsicht des Präsidenten und arbeitet eng mit dem Generalsekretariat und den betreffenden Kommissionsdienststellen zusammen. Michel Barnier wird von einem stellvertretenden Leiter der Task Force auf der Ebene eines stellvertretenden Generaldirektors unterstützt. Sobald das Austrittsabkommen vom britischen Parlament ratifiziert wurde und das Europäische Parlament seine Zustimmung gegeben hat, ist die EU bereit, unverzüglich mit den Arbeiten zu beginnen, die zu Verhandlungen über unsere künftigen Beziehungen zum Vereinigten Königreich unter voller Einhaltung der Leitlinien des Europäischen Rates führen. Der Beschluss tritt am 16. November 2019 in Kraft - unabhängig von der Entwicklung im Vereinigten Königreich - und wurde in enger Abstimmung zwischen Präsident Jean-Claude Juncker und der gewählten Präsidentin Ursula von der Leyen vereinbart.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 22. Oktober 2019](#)

[Brexit-Verhandlungen](#)

Europäische Kommission - Frauen in Führungspositionen

Im mittleren und höheren Management der Europäischen Kommission sind nach neuesten Zahlen 41 Prozent der Führungskräfte Frauen. Damit hat die Kommission das von Präsident Jean-Claude Juncker 2014 festgelegte Ziel übertroffen, wonach bis zum Ende seines Mandats 40 Prozent der mittleren und höheren Führungskräfte der Kommission Frauen sein sollen. Zum Beginn der Juncker-Kommission waren es noch 30 Prozent. Auf der Ebene der mittleren Führungskräfte oder Referatsleitung, auf der die meisten Führungskräfte der Kommission tätig sind, fällt der Frauenanteil noch höher aus: Derzeit sind dort 42 Prozent Frauen, gegenüber 31 Prozent bei Amtsantritt der Kommission Juncker. Die Kommission gehört damit zu den öffentlichen Verwaltungen mit dem weltweit größten Frauenanteil in Führungspositionen.



Die Entwicklung des Frauenanteils

	1. November 2014	1. Mai 2017	16. Oktober 2019
Führungsebene			
Generaldirektorinnen und Generaldirektoren	14 %	26 %	38 %
Stellvertretende Generaldirektorinnen und Generaldirektoren	8 %	32 %	40 %
Direktorinnen und Direktoren	32 %	35 %	36 %
Höhere Führungskräfte insgesamt	27 %	33 %	37 %
Mittlere Führungskräfte	31 %	35 %	42 %
Insgesamt	30 %	35 %	41 %

Die beeindruckendsten Fortschritte wurden an der Spitze der Organisation erzielt, wo nun 38 Prozent der Generaldirektorinnen und Generaldirektoren weiblich sind. Zu Beginn des Mandats waren es nur 14 Prozent, der Anstieg beträgt somit 170 Prozent. Auf der Ebene der stellvertretenden Generaldirektorinnen und Generaldirektoren sind derzeit 40 Prozent der Stellen mit Frauen besetzt, gegenüber 8 Prozent im November 2014. Dies entspricht einer Steigerung um 400 Prozent.

Die Fortschritte sind einem starken Engagement auf höchster politischer Ebene, aber auch einer Reihe von Maßnahmen geschuldet, die die Kommission schon zu Beginn ihres Mandats getroffen hatte. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Strategie für Vielfalt und Inklusion – Pressemitteilung](#)

[Aktionsplan zum Abbau des geschlechtsspezifischen Lohngefälles](#)

[Eurobarometer-Umfrage zur Gleichstellung der Geschlechter in der EU](#)

Europäische Arbeitsbehörde nimmt ihre Tätigkeit auf



Die Europäische Arbeitsbehörde hat am 16. Oktober ihre Tätigkeit aufgenommen. Dies geschah zwei Jahre, nachdem EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner [Rede zur Lage der Union vor dem Europäischen Parlament im Jahr 2017](#) eine solche Behörde ins Gespräch gebracht hatte. Die Aufgaben der

Europäischen Arbeitsbehörde betreffen die Regelungen zur Arbeitskräftemobilität: Freizügigkeit und Entsendung von Arbeitnehmern, Koordinierung der sozialen Sicherheit sowie spezifische Rechtsvorschriften im Straßenverkehrssektor.

Etwa 17,5 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger leben oder arbeiten derzeit in einem anderen Mitgliedstaat – doppelt so viele wie noch vor zehn Jahren. Gleichzeitig sind Millionen von Unternehmen grenzüberschreitend aktiv.

Die Europäische Arbeitsbehörde soll als neue EU-Agentur dazu beitragen, die Fairness und das gegenseitige Vertrauen im Binnenmarkt zu fördern, indem sie sicherstellt, dass die arbeitsrechtlichen Vorschriften der EU in fairer, einfacher und wirksamer Weise durchgesetzt werden. Zu diesem Zweck wird die Behörde die Mitgliedstaaten in Fragen der grenzüberschreitenden Arbeitskräftemobilität unterstützen, u. a. auch im Bereich der Vorschriften über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die Entsendung von Arbeitnehmern und die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit. Darüber hinaus wird sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit verbessern.



Die Behörde wird insbesondere die folgenden Ziele haben:

- 1) Sie erleichtert den Zugang zu Informationen über Rechte und Pflichten in Verbindung mit der unionsweiten Arbeitskräftemobilität sowie zu einschlägigen Diensten;
- 2) sie erleichtert und stärkt die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der unionsweiten Durchsetzung des einschlägigen Unionsrechts; dazu gehören auch die Erleichterung konzertierter und gemeinsamer Kontrollen und die Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit;
- 3) sie vermittelt bei grenzübergreifenden Problemen und trägt zur Herbeiführung von Lösungen bei.

Der Verwaltungsrat der Behörde setzt sich zusammen aus Vertretern der Mitgliedstaaten, der Kommission, der Sozialpartner auf Unionsebene, des Europäischen Parlaments sowie – als Beobachter – Vertretern aus Island, Liechtenstein, Norwegen, der Schweiz und anderen EU-Agenturen im Bereichen Beschäftigung und Soziales.

Es werden keine neuen Zuständigkeiten auf EU-Ebene geschaffen, und die Mitgliedstaaten werden weiterhin in vollem Umfang für die Durchsetzung der Arbeits- und Sozialversicherungsvorschriften zuständig sein. Der Mehrwert der Behörde besteht darin, dass sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten erleichtern, bestehende Strukturen straffen und operative Unterstützung leisten wird, sodass die Vorschriften effizienter durchgesetzt werden – zum Nutzen der Bürger/innen, der Unternehmen und der nationalen Behörden. Vor allem für die nationalen Behörden wird die Arbeitsbehörde die praktische Zusammenarbeit im Bereich der Arbeitskräftemobilität verbessern, indem sie eine permanente EU-Struktur schafft, die die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch erleichtern wird, insbesondere durch die von den Mitgliedstaaten an die Europäische Arbeitsbehörde entsandten nationalen Verbindungsbeamten. Auch die Bündelung von Ressourcen für gemeinsame Tätigkeiten wird durch die Behörde ermöglicht. So können beispielsweise gemeinsame Inspektionsbesuche organisiert oder nationale Bedienstete für den grenzüberschreitenden Einsatz geschult werden. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Europäische Arbeitsbehörde nimmt ihre Tätigkeit auf](#)
[MEMO: Europäische Arbeitsbehörde nimmt ihre Tätigkeit auf: Fragen und Antworten](#)
[Factsheet: Auf dem Weg zu fairer Arbeitskräftemobilität: Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde](#)
[Website der Europäischen Arbeitsbehörde](#)




EURO-Gedenkmünzen – Neuausgaben

Im Amtsblatt C 351 vom 17. Oktober 2019 [Link](#) wird auf die Herausgabe neuer nationaler Euro-Umlaufmünzen hingewiesen.

Euro-Umlaufmünzen haben im gesamten Euro-Währungsgebiet den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels. Zur Information der Fachkreise und der breiten Öffentlichkeit veröffentlichte die Kommission eine Beschreibung der Gestaltungsmerkmale aller neuen Euro-Münzen. Gemäß den Schlussfolgerungen des Rates vom 10. Februar 2009 ist es den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets sowie Ländern, die aufgrund eines Währungsabkommens mit der Europäischen Union Euro-Münzen ausgeben dürfen, unter bestimmten Bedingungen gestattet, für den Umlauf bestimmte Euro-Gedenkmünzen auszugeben. Dabei darf es sich ausschließlich um 2-Euro-Münzen handeln. Die Gedenkmünzen weisen die gleichen technischen Merkmale



auf wie die üblichen 2-Euro-Münzen, sind jedoch auf der nationalen Seite mit einem national oder europaweit besonders symbolträchtigen Gedenkmotiv versehen. • *eag Quelle Amtsblatt*
Folgende neue Münzen wurden vorgestellt:

Münze	Ausgabestaat und Anlass	Ausgabedatum
	Deutschland 30. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer	Oktober 2019
	Finnland Verfassungsgesetz Finnlands	Oktober 2019
	Litauen Samogitien (ethnografische Region Litauens)	3. Quartal 2019
	Litauen Sutartinės (litauische mehrteilige Lieder — aufgenommen in die Repräsentative Liste des Immateriellen Kulturerbes der Menschheit der Unesco)	3. Quartal 2019



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Connecting Europe Facility - Nachhaltige Verkehrsprojekte sollen mit 1,4 Mrd. Euro unterstützt werden



Die Europäische Kommission hat am 16. Oktober eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Unterstützung wichtiger Verkehrsprojekte veröffentlicht. Sie sollen über die Connecting Europe Facility (CEF) gefördert werden, das zentrale Finanzierungsinstrument der EU für Infrastruktur. Die Investitionen werden dazu beitragen, fehlende Verbindungen auf dem gesamten Kontinent aufzubauen und sich gleichzeitig auf nachhaltige Verkehrsträger konzentrieren.

Die für Verkehr zuständige Kommissarin Violeta Bulc sagte dazu:

„Um die Dekarbonisierung zu beschleunigen und zur Vollendung des Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) beizutragen, nutzen wir die im Rahmen der Connecting Europe Facility verfügbaren Ressourcen in vollem Umfang. Diese Investitionen werden die intelligente und nachhaltige Mobilität fördern und unsere Bürger in ganz Europa besser vernetzen.“

Die 2014 eingerichtete Connecting Europe Facility hat bisher 763 Projekte mit EU-Mitteln in Höhe von fast 22 Mrd. Euro unterstützt, davon 111 Projekte mit deutscher Beteiligung. Zu den 2018 geförderten Verkehrsprojekten gehören Initiativen zur Digitalisierung der deutschen Wasserwege, der Einführung nachrüstbarer Notrufmodule für Autounfälle und zum Testen innovativer Technologien im Bereich des Schienentransports.

Die **Bewerbungsfrist endet am 26. Februar 2020**. Am 7. November 2019 findet ein [virtueller Informationstag](#) statt. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

[Website mit Informationen zur Einreichung von Vorschlägen](#)

[Informationen zur CEF](#)

[Übersicht der bisherigen Projekte mit deutscher Beteiligung](#)

EU mobilisiert gemeinsam mit Partnern private Investitionen in Nachhaltigkeit

Die Europäische Union hat gemeinsam mit Argentinien, Kanada, Chile, China, Indien, Indien, Marokko und Kenia die Internationale Plattform für nachhaltige Finanzierungen (IPSF) eröffnet. Sie soll privates Kapital für Investitionen in den Übergang zu einer grünen Wirtschaft mobilisieren. Valdis Dombrovskis, EU-Kommissionsvizepräsident für den Euro und den sozialen Dialog, stellte die Plattform in Anwesenheit von Kristalina Georgieva, Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), in Washington D.C. vor.

Dombrovskis erklärte: „Öffentliche Mittel werden zwar für den Wandel hin zu einer grünen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung sein, können aber die notwendigen massiven Investitionen nicht allein abdecken. Wir müssen auch privates Kapital erschließen und die grünen Investitionen erhöhen, damit sie zur Bewältigung der Klimakrise beitragen können.“



Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, sind bis 2030 jährliche Investitionen in den Bereichen Energie, Verkehr, Gebäude und Wasserinfrastruktur in vielfacher Milliardenhöhe erforderlich. Der Start soll Investitionen anregen und die Kapitalströme in dem Maße auf unsere Klimaziele umleiten, wie es für den wichtigsten wirtschaftlichen Wandel unserer Zeit erforderlich ist. Die Plattform wird als Forum dienen, um den Austausch zu erleichtern und die Bemühungen um Initiativen und Ansätze für eine ökologisch nachhaltige Finanzierung unter Berücksichtigung der nationalen und regionalen Rahmenbedingungen zu koordinieren.

Im Mittelpunkt stehen Initiativen wie grüne Taxonomien (d.h. die Klassifizierung nachhaltiger wirtschaftlicher Aktivitäten), grüne Finanzproduktstandards und -labels sowie die Offenlegung nachhaltigkeitsbezogener Informationen, die für Investoren von grundlegender Bedeutung sind, um weltweit grüne Investitionsmöglichkeiten zu identifizieren und zu nutzen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 18. Oktober 2019](#)

[Gemeinsames Statement von EU und Partnerländern](#)

[Fragen und Antworten](#)

[Übersicht zu den Zielen des Pariser Klimabkommens](#)

Registrierung für europäische Internetadresse .eu für EU-Bürger weltweit möglich



Seit dem 19. Oktober können sich auch EU-Bürger, die in einem Land außerhalb der EU leben, für eine .eu-Internetadresse registrieren. Damit wird der Zugang zum digitalen Binnenmarkt auch für Menschen mit Wohnsitz außerhalb Europas erleichtert. Die Internetadressendung (Top-Level-Domäne, TLD) .eu verleiht Europa eine eigene Internet-Identität. Ziel ist es, die Sichtbarkeit der

Europäischen Union im Internet zu erhöhen, die Auswahl der Domänenamen zu erleichtern und den digitalen Binnenmarkt zu fördern.

Bisher musste der Firmensitz oder Wohnsitz von Inhabern einer .eu-Internetadresse in der EU, der Schweiz, in Liechtenstein oder in Norwegen liegen. Nun können z.B. auch die zwölf Millionen Europäer, die in den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien leben, davon Gebrauch machen.

Fast 3,7 Millionen EU-Bürger und Unternehmen nutzen bereits die .eu-Adresse, die auf Platz sieben der Top-Level-Domänen liegt. [EURid](#) ist das Register, das die länderspezifischen Endungen von Top-Level-Domänen.eu und .eu (kyrillische Schrift) und ab November auch in griechischer Schrift, im Auftrag der Europäischen Kommission verwaltet. EURid arbeitet mit etwa 750 Partnern weltweit zusammen - den zugelassenen Registraren – die sich auf die Registrierung von Domänen für ihre Kunden spezialisiert haben. Bei einem zugelassenen Registrar, der die Angaben überprüft, kann eine .eu-Internetadresse für einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren beantragt werden.

Die Europäische Kommission hatte im April 2018 eine Vereinfachung der bisherigen Regeln vorgeschlagen. Die Überarbeitung basiert auf einer Überprüfung der .eu-Domäne durch das [Regulatory Fitness and Performance Programme \(REFIT\)](#) und [einer öffentlichen Konsultation](#).



Die neuen Regeln traten im April 2019 in Kraft und ermöglichen bessere und innovativere Dienste auf .eu in einem sich ständig weiterentwickelnden digitalen Umfeld.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 17.10.2019](#)

[Informationen zur Top-Level-Domäne .eu](#)

Hochrangige EU-Förderung - MLU erhält Zuschlag für internationales Doktorandennetzwerk

Das Institut für Mathematik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) koordiniert ein neues europäisches Doktorandennetzwerk. Im Zentrum der 14 Forschungsprojekte steht die Frage, wie sich komplexe mechanische Systeme künftig besser modellieren und am Computer simulieren lassen. Hierfür stellt die Europäische Union im Rahmen von Horizon 2020 rund 3,6 Millionen Euro für vier Jahre zur Verfügung. Neben der MLU sind elf weitere Universitäten und Forschungseinrichtungen aus acht europäischen Ländern beteiligt. Das Projekt startet mit einem Kickoff-Meeting am **24. und 25. Oktober 2019 in Halle**.

Seilbahnen für Skilifte, Kabelbäume in der Automobiltechnik und medizinische Endoskope wirken auf den ersten Blick sehr unterschiedlich, teilen sich aber eine besondere Eigenschaft: „Sie bestehen aus sehr beweglichen, flexiblen Komponenten, die an Schläuche oder Seile erinnern“, sagt der Projektkoordinator Prof. Dr. Martin Arnold vom Institut für Mathematik der MLU. Das macht es in der Praxis schwer, ihr Verhalten genau vorherzusagen. Bisher würden viele Unternehmen für neue Produkte und Projekte vor allem auf Erfahrungswissen setzen, so Arnold weiter. Gleichzeitig sei es schwierig und kostspielig, diese Produkte zu optimieren.

An dieser Stelle setzt das neue Doktorandennetzwerk „Joint Training on Numerical Modelling of Highly Flexible Structures for Industrial Applications“ an, an dem Universitäten aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Kroatien, Norwegen, Österreich, Slowenien und Spanien beteiligt sind. Ziel ist es, für diese Anwendungen einen sogenannten „digital twin“ zu erstellen, also ein möglichst genaues, virtuelles Abbild. Dabei geht es vor allem darum, nicht nur das Verhalten einzelner Bauteile zu modellieren, sondern die Eigenschaften des gesamten Systems. So lassen sich bereits in der Entwicklungsphase sehr viele Simulationen durchspielen und zum Beispiel auch der Materialverschleiß berechnen.

Die Forschungsprojekte greifen dafür auf die sogenannte Balkentheorie, ein klassisches Modell der Mechanik, zurück. Wie sich das Modell auf hochkomplizierte technische Systeme anwenden lässt, ist eine bisher ungelöste Frage, die von den Promovendinnen und Promovenden geklärt werden soll. Das Spektrum der Arbeiten reicht dabei von der angewandten Mathematik über die Mechanik bis hin zur industrienahen Forschung. In Halle und im norwegischen Trondheim werden die mathematischen Grundlagen hierfür erforscht, andere Projekte widmen sich der konkreten industriellen Anwendung.

Neben der akademischen Ausbildung absolvieren die 14 Doktorandinnen und Doktoranden auch ein dreimonatiges Praktikum in einer nicht-akademischen Partnereinrichtung, meist Unternehmen. Auch Gastaufenthalte an den im Netzwerk kooperierenden Partneruniversitäten sind Teil der Ausbildung.



Europäische Doktorandennetzwerke sind eine Fördermaßnahme des Marie Skłodowska Curie-Programms der Europäischen Kommission. Ziel ist es, Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler mit den Fähigkeiten auszustatten, die sowohl im wissenschaftlichen als auch im nichtwissenschaftlichen Umfeld einer Karriere förderlich sind. Deshalb sind neben europäischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen auch 13 nicht-akademische Einrichtungen an den Projekten beteiligt. Die Konkurrenz bei der Einwerbung eines Netzwerks ist extrem hoch: Im Jahr 2019 wurden nur 103 der 1.341 begutachteten Projektanträge zur Förderung angenommen. • *Gastartikel*

Wissenschaftlicher Ansprechpartner: Prof. Dr. Martin Arnold Institut für Mathematik der MLU Telefon: +49 345 55-24653 E-Mail: martin.arnold@mathematik.uni-halle.de



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

„Innerdeutsche Grenzöffnung – 30 Jahre danach“

30 Jahre nach dem Fall der Mauer beleuchtet auch die Landesvertretung Brüssel natürlich das „Damals“ und den Stand heute. Zu diesem Zweck wurde **am 22.10.2019** gemeinsam mit dem Europeanetzwerk Deutsch und dem Goethe Institut zu einem Gesprächskreis in die Räumlichkeiten der Europäischen Kommission eingeladen. Als Zeitzeuge war Herr Michael Viebig, Leiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE in Halle (Saale), angereist.



Herr Viebig berichtete über seine Jugend und sein Leben vor dem Mauerfall, wie er den Mauerfall persönlich erlebte und betonte, wie wichtig auch für seine Arbeit als Gedenkstättenleiter die Zusammenarbeit mit Zeitzeugen ist. Während des Gesprächskreises konnten neben Gästen aus verschiedenen europäischen Ländern auch Schüler der Internationalen Deutschen Schule Brüssel wichtig Informationen für ihre Arbeit in Schülerprojekten aus Herrn Viebigs Berichten aus seinem Leben und aus der

darauffolgenden angeregten Diskussion entnehmen. Ob ihm sein Studium zum Historiker – welches er nur nach Absolvierung des Wehrdienstes antreten durfte – in der BRD ebenso einfach möglich gewesen wäre, bezweifelte er. Im Osten sei er vom Staat ausreichend versorgt gewesen, trotzdem tue er sich schwer mit Aussagen wie „damals war nicht alles schlecht“. Die Deutsche Demokratische Republik bezeichnete Herr Viebig als eine Scheinwelt. Mit systemkonformen Verhalten hätte man dort ein sozial abgesichertes Leben führen



können, kritische Fragen durfte man jedoch nicht stellen.

Der Mauerfall am 09. November 1989 war für Michael Viebig wie für viele der anwesenden Gäste ein prägender Moment. Im Gespräch zeigten sich die Teilnehmer sehr interessiert an seiner persönlichen Wahrnehmung der Ereignisse. Zum Ende der Diskussionsrunde wurde ein Bogen zur Gegenwart gespannt und auf die heutige Lage in Ostdeutschland eingegangen. Zwar

sei die Geschichte der DDR und des Mauerfalls heute mehr ein Teil der gesamtdeutschen Geschichte als noch vor 30 Jahren, dennoch gebe es im Osten Deutschlands noch immer Menschen, deren Biographien nach der Wiedervereinigung nachhaltige Brüche erlebt hätten, was für Parteien wie die AfD einen Nährboden bieten würde. Unter den Anwesenden herrschte der Konsens, dass für die Demokratie gestern wie heute gekämpft werden müsse und dass Gedenkstätten einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, nachfolgenden Generationen sowohl den Wert, als auch die Zerbrechlichkeit von Demokratie zu vermitteln.

• jk



Kommunen aus Sachsen-Anhalt und Schweden intensivieren ihre Zusammenarbeit



Eine Delegation aus der schwedischen Region Gävleborg (Gävleborgs län) war **vom 15. bis 17. Oktober** für einen Erfahrungsaustausch mit Kommunen zu Gast in Sachsen-Anhalt. Die EU Service-Agentur der Investitionsbank Sachsen-Anhalt baut seit Jahren die Zusammenarbeit mit dieser Region auf und aus. Ziel ist es, neue Kooperationen zwischen schwedischen und Sachsen-Anhalter Kommunen zu initiieren. Solche europäischen Kooperationsprojekte tragen ganz wesentlich dazu bei, dass die in Europa vorhandene Erfahrung und das gemeinsame Know-how ausgetauscht werden. Europäische Regionen profitieren davon, indem sie voneinander lernen und zusammen Lösungen für gemeinsame Herausforderungen entwickeln.

Seit 2017 wurden insgesamt sieben europäische Kooperationsprojekte zwischen Kommunen aus Sachsen-Anhalt und Gävleborg bewilligt, die durch das Förderprogramm Erasmus+ finanziert werden. Im Rahmen dieser Projekte sind mit dem Salzlandkreis, dem Bördekreis und der Stadt Querfurt bereits drei Sachsen-Anhalter Kommunen aktiv mit Kommunen

aus Gävleborg vernetzt.

Marc Melzer, Geschäftsleiter der Investitionsbank, freute sich über den Besuch: „Seit 2015 kooperieren Kommunen und Institutionen in Sachsen-Anhalt mit Partnern aus der Region Gävleborg. Die EU Service-Agentur unterstützt Kommunen und andere öffentliche Einrichtungen beim Auf- und Ausbau dieser Kontakte. Wir möchten den Besuch dazu nutzen, die Zusammenarbeit zwischen den Regionen in Sachsen-Anhalt und Schweden weiter zu intensivieren.“

Während des Aufenthalts besuchten die Schweden unter anderem das Interkulturelle Beratungs- und Begegnungszentrum der Caritas Magdeburg und das Jobcenter Salzlandkreis in Aschersleben. Außerdem war die schwedische Delegation für Workshops in der Investitionsbank zu Gast sein, um gemeinsame Projekte weiterzuentwickeln. Der Austausch



wurde mit Unterstützung des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt organisiert. • *Gastartikel*

Weitere Informationen und die Präsentationen erhalten Sie hier bei uns in der EU Service-Agentur: www.eu-serviceagentur.de

Kooperieren für Innovationen: Fördermöglichkeiten für Wirtschaft und Wissenschaft – Infoveranstaltung in Halle (Saale)

5. November 2019, 13 bis 17 Uhr, Bio-Zentrum Halle, Weinbergweg 22, 06120 Halle (Saale)
Das EU-Hochschulnetzwerk Sachsen-Anhalt gibt bei dieser Informationsveranstaltung einen Überblick über Fördermöglichkeiten für Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft – vom EU-Rahmenprogramm Horizon 2020 bis hin zu regionalen und nationalen Programmen. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse von KMUs gelegt, da insbesondere das neue Förderinstrument für KMU der "EIC Accelerator Pilot" im Mittelpunkt stehen wird.

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei. Nähere Informationen finden Sie im [Programm](#) oder auf der [Veranstaltungsseite](#). • *Gastartikel*

Ansprechpartner in Sachsen-Anhalt:

Björn Buß, bjorn.buss@verwaltung.uni-halle.de, Tel. 0345 55 21 389



„Europäische Schwellenregionen – Veranstaltung zur Auswirkung von Pilotprojekten“

Bei der Veranstaltung „Europäische Schwellenregionen – Veranstaltung zur Auswirkung von Pilotprojekten“ **am 11. Oktober 2019** in der Portugiesischen ständigen Vertretung bei der EU, stellten verschiedene Regionen und Netzwerke Projekte zum Infrastruktur- und Demographiewandel vor. Dr. David Fenner berichtete von der Teilnahme Sachsens-Anhalts im Forschungs- und Innovationsnetzwerk der europäischen Regionen (ERRIN Network) ([Link](#)) sowie im „Demographic Change Regions Network“ (DCRN) ([Link](#)). Durch die Teilnahme an ERRIN und dem DCRN, kann sich Sachsen-Anhalt über Angelegenheiten wie Demographiewandel, Bioökonomie oder auch Innovationen mit anderen betroffenen Regionen austauschen. • *ds*



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen — EACEA 33/2019 im Rahmen des Programms Erasmus+ Leitaktion 3 — Unterstützung politischer Reformen Zentren der beruflichen Exzellenz
Fundstelle: Abl.	C 349 vom 15. Oktober 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:349:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	20. Februar 2020
Antragsunterlagen:	Der Leitfaden für Antragsteller und das elektronische Antragsformular (eForm) können unter der folgenden Internetadresse abgerufen werden: https://eacea.ec.europa.eu/erasmus-plus/funding/ka3-centers-of-vocational-excellence_de

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen EACEA/34/2019 im Rahmen des Programms Erasmus+ Leitaktion 3: Unterstützung politischer Reformen Soziale Eingliederung und gemeinsame Werte: der Beitrag in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung 2019/C 358/03
Fundstelle: Abl.	C 358 vom 22. Oktober 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2019:358:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	25. Februar 2020
Antragsunterlagen:	Alle Informationen zur Aufforderung EACEA/34/2019 sind auf der folgenden Website abrufbar: https://eacea.ec.europa.eu/erasmus-plus/forderung_de (Bezugsnummer der Aufforderung: EACEA/34/2019) Kontakt per E-Mail: EACEA-Policy-Support@ec.europa.eu



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungs- gesuch Frankreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	Französisches F&E-Institut sucht Partner für Biotechnologie-Projekt Ein französisches F&E-Institut ist Koordinator des MSCA ITN Trainingsnetzwerks mit 8 ausländischen Partnern aus dem Bereich Biotechnologie. Sie wollen Einblicke in die Metallhomöostase sowie in die Fähigkeit der photosynthetischen Organismen, welche Verschmutzungen überleben, gewinnen. Das Institut sucht Unternehmen mit Expertise zu Metallen in Algen oder Pflanzen, die an einem der folgenden Bereiche interessiert sind: <ul style="list-style-type: none"> • Düngemittel (Metallverfügbarkeit oder Metallgehalt von Mikroalgen/Pflanzen) • Abwasserbehandlung • Phytosanierung • Bioreaktoren für Mikroalgen Vom Partner wird außerdem erwartet, dass er einen Doktoranden für ein mindestens sechsmonatiges Praktikum aufnimmt. Alle Kosten für das Praktikum werden durch das EU-Programm Horizon 2020 übernommen. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/03812edf-6468-4fff-b021-3a419f527e38 Referenznummer: RDFR20191017001



Technologie-gesuch Belgien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	Partner mit nachhaltigen Technologien zur Verbesserung von in Wohnanlagen verwendeten Energiemanagementsystemen gesucht Ein Brüsseler KMU hat eine leichte, autonome Art von Wohnraum mit geringen Umweltauswirkungen entwickelt. Die mobile Wohneinheit im Container-Stil ist in Bezug auf Wasser- und Energieverbrauch autonom und wird mit nachhaltiger Bauweise und emissionsfreien Technologien gebaut. Das KMU sucht Partner zur Verbesserung der in der Gehäusebox eingesetzten Technologien, z. B. in Form von nachhaltigen, leichten Batterien mit niedrigem Entladezustand, PV- und Wasserreinigungssystemen, aber auch intelligenten Hausautomationsanwendungen. Das Unternehmen bietet die Möglichkeit neuartige und innovative Technologien im Prototyp der Wohneinheit zu testen. Es soll ein Abkommen über technische Zusammenarbeit und/oder kommerzielle Zusammenarbeit mit technischer Unterstützung abgeschlossen werden. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/dcca8476-34ea-4bf2-a63c-aa413e266e69 Referenznummer: TRBE20191009001
Technologie-gesuch Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	Spanisches Unternehmen sucht Absaugtisch, der für Standard- und ATEX-Filterpatronen geeignet ist Ein spanisches Industrieunternehmen sucht einen Absaugtisch, der mit selbstreinigenden Filterpatronen nach Standard und ATEX (ATmosphères EXplosibles) ausgestattet ist. Die gesuchte Technologie muss für das Schleifen von Aluminium, Titan, Kohlefaser und Magnesium und Materialien mit Explosionsgefahr durch Staub bereit sein. Das Unternehmen sucht einen Hersteller



		<p>von Vakuumsystemen mit Erfahrung in der Entwicklung von Absaugtischen, der bereit ist, im Rahmen eines Produktionsvertrags zusammenzuarbeiten. Die Rolle der Partner besteht darin, die Anpassungen eines Standard-Downraft-Tisches zu entwickeln, um die gewünschten Eigenschaften dieses neuen Produkts zu erfüllen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/e135013a-ef67-4ad2-aa49-d39e96a30a1d</p> <p>Referenznummer: TRES20191007001</p>
Technologie-gesuch Österreich	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42</p>	<p>PDF/Grafikdatei-Analyssetool zur Konvertierung in maschinenlesbares Format gesucht</p> <p>Ein kleines österreichisches Ingenieurbüro sucht eine Lösung, die die Elemente eines komplex strukturierten Dokuments (vor allem PDF, aber auch andere Formate) extrahieren und in eine maschinenlesbare Form konvertieren kann. Zu den Elementen gehören Text, Grafiken, Zeichnungen, Tabellen, Überschriften und Infoboxen. Es wird eine sehr hohe Genauigkeit benötigt (90-99% korrekte Messwerte). Das Unternehmen sucht Partner für Lizenzvereinbarungen, kommerzielle Vereinbarungen mit technischer Unterstützung oder Forschungsk Kooperationen. Geeignete Partner sind Unternehmen als Anbieter eines solchen Dienstes (Cloud oder vor Ort) oder spezialisierte Entwickler, die z. B. in der Texterkennung tätig sind, sowie Universitäten mit nachgewiesener Erfolgsgeschichte in diesem Bereich.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/d6185f95-59fe-431f-99e5-55c4797d8b58</p> <p>Referenznummer: TRAT20190926002</p>

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

In diesen Tagen richten sich alle Blicke gespannt nach Großbritannien. Nachdem die Abstimmung über das ausgehandelte Brexit-Abkommen vergangenen Samstag verschoben wurde, war Premierminister Boris Johnson gezwungen, in einem Brief an die EU um eine Verlängerung der Frist zu bitten. Diesen Brief hat Johnson zwar abgeschickt, allerdings nicht unterschrieben, sodass der weitere Verlauf und insbesondere der Ausgang des 31. Oktobers weiterhin ungewiss bleiben.

Abseits des tagesaktuellen Geschehens möchten wir in dieser Woche einen kleinen Rückblick auf über drei Jahre Brexit-Verhandlungen wagen.



1. Der amtierende Premierminister von Großbritannien ist Boris Johnson. Wie viele PremierministerInnen gab es seit Beginn der Brexit-Verhandlungen 2016?

- A) 2
- B) 3
- C) 4

2. Nach mehrmaliger Fristverlängerung und Aufschiebung des Austrittstermins soll Großbritannien die EU am 31. Oktober 2019 verlassen (Stand: 21.10.2019). Wann war der ursprünglich festgelegte Termin für den EU-Austritt Großbritanniens?

- A) 30. Mai 2017
- B) 15. August 2018
- C) 29. März 2019



3. Ein großer Streitpunkt während der Brexit-Verhandlungen war die Behandlung der Grenze zwischen Großbritannien und der Republik Irland. Bisher handelte es sich um eine Binnengrenze innerhalb der EU. Mit dem Brexit würde aus der inneririschen Grenze eine EU-Außengrenze werden. Welche Behandlung der Grenze sieht das am 17. Oktober 2019 ausgehandelte Abkommen vor?

- A) Nordirland wird sich von Großbritannien abspalten und weiterhin zur EU gehören
- B) für Nordirland wurden Sonderregelungen ausgehandelt
- C) Nordirland kann eigenständig über den Verbleib in der EU entscheiden



Lösung:

1. B) Zu Beginn der Brexit-Verhandlungen war David Cameron Premierminister von Großbritannien. Der Brexit-Gegner gab am 20. Februar 2016 den Zeitpunkt des Referendums bekannt und erklärte am 24. Juni 2016, nur einen Tag nach der Abstimmung, aufgrund der Ergebnisse seinen Rücktritt als Premierminister. Am 13. Juli 2016 wurde die damals amtierende Innenministerin Theresa May als Nachfolgerin Camerons zur Premierministerin ernannt. Nach etwa drei Jahren Regierungszeit trat auch May am 24. Juli 2019 zurück. Grund für ihren Rücktritt waren vor allem die gescheiterten Brexit-Pläne, die alle vom britischen Parlament abgelehnt wurden. Ihr Nachfolger wurde Boris Johnson. Am 24. Juli 2019 übernahm der Brexit-Befürworter das Amt des Premierministers von Großbritannien. Sowohl Cameron als auch May und Johnson waren bzw. sind während ihrer Amtszeit als PremierministerIn auch Parteivorsitzende(r) der Conservative Party.

2. C) Nachdem die Briten am 23. Juni 2016 bei einem Referendum mit knapper Mehrheit für den EU-Austritt stimmten, leitete die damalige Premierministerin Theresa May am 29. März 2017 mit einem formalen Brief an die EU den Austritt Großbritanniens ein. Damit stand fest, dass Großbritannien die EU innerhalb der vertraglich festgelegten zwei Jahre verlassen muss. Stichtag war somit der 29. März 2019.

Da das britische Parlament sowohl im Januar als auch im März 2019 gegen das von Premierministerin May und der EU ausgehandelte Brexit-Abkommen stimmte und auch einen Austritt ohne Abkommen (No-Deal-Brexit) sowie ein zweites Referendum ablehnte, bat Regierungschefin May am 20. März 2019 bei der EU um einen Aufschub des Austrittstermins. Die EU stimmte einem Aufschub bis zum 22. Mai zu, unter der Bedingung, dass bei einer dritten Abstimmung im Parlament das Austrittsabkommen angenommen wird. Andernfalls muss Großbritannien die EU bis zum 12. April verlassen. Nach erneutem Scheitern im Parlament beantragte Premierministerin May am 02. April einen weiteren Aufschub des EU-Austritts, um einen Brexit ohne Abkommen zu verhindern. Am 11. April stimmten die restlichen 27 EU-Mitgliedsstaaten einem Aufschub bis zum 31. Oktober 2019 zu. Es bleibt abzuwarten, wie es nach diesem Stichtag weitergehen wird.

3. B) Das am 17. Oktober 2019 ausgehandelte Brexit-Abkommen sieht vor, dass Nordirland, genau wie der Rest Großbritanniens, die Zollunionen und den europäischen Binnenmarkt verlassen soll. Dennoch soll es keine Zollgrenze auf der irischen Insel geben. Es werden keine Kontrollen auf dem Festland stattfinden, sondern beiderseits in den Häfen der Irischen See. Eine weitere Sonderregelung besagt, dass Irland und Nordirland auch nach dem Brexit ein einheitliches Reisegebiet bilden. Damit würde trotz des EU-Austritts die Arbeitnehmerfreizügigkeit erhalten bleiben. Die Sonderstellung Nordirlands soll alle vier Jahre in Nordirland zur Abstimmung gestellt werden. Da das britische Unterhaus momentan (Stand: 21.10.2019) noch nicht über das aktuelle Brexit-Abkommen abgestimmt hat, muss es sich bei der beschriebenen Sonderregelung noch nicht um das endgültige Ergebnis handeln.

In seinen Veranstaltungen und Aktivitäten hat sich das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt/ Halle zum Ziel gesetzt, EU-Politik verständlich zu machen und erste Anlaufstelle im südlichen Sachsen-Anhalt für Fragen zur EU zu sein. Auch Infobroschüren und Schulmaterialien zu verschiedensten Themen können bestellt werden. Dafür können Sie sich einfach per Mail an uns wenden: info@europedirect-halle.de.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
NN	Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Voigt (SV)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Stafan Glasewald (SG)	Hospitant	...23	E-Mail
Jana Koch (JK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	...22	E-Mail
Rebecca Aspetti (RA)	Praktikantin	...14	E-Mail
Daniela Sheri (DS)	Praktikantin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

